

# Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht

Von

VOLKMAR GÖTZ

Dr. iur., Professor an der Universität Göttingen  
Richter am Oberverwaltungsgericht Lüneburg

11., neubearbeitete Auflage

VANDENHOECK & RUPRECHT IN GÖTTINGEN

# Inhalt

§ 1. Der Gegenstand des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts . . .	11
§ 2. Wandlungen des Polizeibegriffes . . . . .	14
I. Entwicklungslinien . . . . .	14
II. Die aktuelle Problematik . . . . .	20
§ 3. Die Unterscheidung von Polizei und Ordnungsverwaltung . . . .	24
I. Trennung von Polizei und Ordnungsverwaltung . . . . .	24
II. Einheit der polizeibehördlichen Gefahrenabwehr . . . . .	26
III. Bundesverwaltung . . . . .	27
§ 4. Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Polizei- und Ordnungs- rechtes . . . . .	28
I. Bundesrecht und Landesrecht . . . . .	28
II. Die Landesgesetze über das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht . . .	32
× § 5. Die Aufgabe der Gefahrenabwehr (Begriff und Wesen) . . . . .	38 ✓
× § 6. Die Schutzgüter öffentliche Sicherheit und Ordnung . . . . .	41
I. Die öffentliche Sicherheit . . . . .	41
II. Öffentliche Ordnung . . . . .	52
× § 7. Gefahr . . . . .	66
I. Begriff . . . . .	66
II. Anscheinsgefahr und Gefahrenverdacht . . . . .	69
III. Schadensprognose . . . . .	73
IV. Vorbeugung . . . . .	74
V. Gefahrenvorsorge – das Beispiel des Art. 48 III EWGV . . . . .	75
× § 8. Gefahrenabwehraufgabe und Eingriffsbefugnisse . . . . .	77
I. Das Verhältnis zwischen Aufgabe und Eingriff . . . . .	77
II. Informationserhebung und -verarbeitung als Eingriffe . . . . .	80
× § 9. Die Generalermächtigung . . . . .	89
§ 10. Eingriffsbefugnisse und Grundrechte . . . . .	91
I. Grundrechtsbezug des Polizei- und Ordnungsrechts . . . . .	91
II. Einzelne Grundrechte . . . . .	92
? § 11. Polizei- und ordnungsrechtliche Verantwortlichkeit . . . . .	103
I. Begriff und Anwendungsbereich . . . . .	103
II. Unmittelbare Verursachung als Zurechnungsprinzip . . . . .	105
III. Verhaltens- und Zustandsverantwortlichkeit . . . . .	110
IV. Verantwortlichkeit und Nutzungskonflikte . . . . .	115
V. Verantwortlichkeit von Hoheitsträgern . . . . .	117
VI. Rechtsnachfolge . . . . .	120
VII. Verantwortlichkeit mehrerer . . . . .	122

§ 12. Inanspruchnahme nichtverantwortlicher Dritter („Polizeilicher Notstand“)	126
§ 13. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	130
§ 14. Opportunitätsprinzip	140
§ 15. Schutzansprüche des Gefährdeten	142
× § 16. Entschädigungsansprüche	145
I. Entschädigung bei rechtmäßigen Eingriffen	146
II. Entschädigung bei rechtswidrigen Eingriffen	149
III. Entschädigung bei Nothilfeleistungen	150
× § 17. Vollstreckung von Verfügungen	151
I. Vollstreckungsgrundlagen	151
II. Androhung des Zwangsmittleinsatzes	156
III. Die einzelnen Zwangsmittel	158
× § 18. Heranziehung zu den Kosten der Polizei und Ordnungsverwaltung	169
I. Kostenersatz	169
II. Gebühren und Auslagen	170
§ 19. Die Organisation der Polizei	176
I. Die Länder als Polizeiträger	176
II. Die Gliederung der Polizei in den Ländern	178
III. Aufsicht: Dienstaufsicht und Fachaufsicht	182
IV. Die Bundespolizei	183
§ 20. Aufgaben und Befugnisse der Polizei	187
I. Die Zuständigkeitsabgrenzung zur Ordnungsverwaltung	187
II. Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsverwaltung	189
III. Die allgemeine Befugnis zur Gefahrenabwehr im Einzelfall	190
IV. Die besonderen Befugnisse zu sog. polizeilichen Standardmaßnahmen	190
V. Polizeiliche Aufgabe und Befugnisse auf dem Gebiet der Strafverfolgung und im Ordnungswidrigkeitenrecht	202
VI. Örtliche Zuständigkeit der Polizei	206
§ 21. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Polizei	210
§ 22. Organisation und Zuständigkeiten der Ordnungsverwaltung	217
I. Die Organisation in den Ländern	217
II. Aufgaben und Zuständigkeiten der Ordnungsverwaltung	222
III. Sonderordnungsbehörden des Bundes	231
§ 23. Ordnungsbehördliche Verwaltungsakte	234
I. Gebots- und Verbotsverfügungen	234
II. Erlaubnis	239
§ 24. Verordnung zur Gefahrenabwehr	246
Sachregister	260